

Große Anfrage

der Abgeordneten Meneses Vogl, Such und der Fraktion DIE GRÜNEN

Gesamtdrogenpolitik der Bundesregierung

Die Reaktionen der Bundesregierung auf die Ereignisse in Kolumbien nach der Ermordung des liberalen Politikers Galán am 18. August 1989 und auf die Verkündung der Anti-Drogen-Kampagne des Präsidenten der USA zeichnen sich durch hektisches Reagieren und markige Worte aus. Seitens der Bundesregierung geschieht dies vor dem Hintergrund und parallel zu einer wachsenden Nervosität über die Zunahme der Drogentoten in der Bundesrepublik Deutschland und einer zunehmend festgefahrenen Diskussion über die Liberalisierung des Drogenkonsums.

Angesichts dieser verworrenen Situation, in der lediglich der immer maßlosere Ruf nach hartem Einschreiten an allen Drogen-„Fronten“ nichts an Eindeutigkeit zu wünschen übrig läßt,

fragen wir die Bundesregierung:

1. Welches Gesamtkonzept einer integralen Drogenpolitik, die gesundheits-, sozial-, innen-, wirtschafts-, außen-, finanz- und außenwirtschaftspolitische Aspekte berücksichtigt, hat die Bundesregierung, und welche Maßnahmen in den einzelnen Bereichen plant sie?
2. Welche Linie der Drogenpolitik innerhalb des Drogennachfragegebietes Europäische Gemeinschaft verfolgt die Bundesregierung?
3. Wie gewichtet die Bundesregierung in der Innenpolitik und auf europäischer Ebene das Verhältnis von Einzelmaßnahmen polizeilichen, sozialmedizinischen und wirtschaftlichen Charakters zueinander?
4. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Eindämmung des internationalen Drogenhandels?
Wie sollen die entsprechenden finanz- und außenwirtschaftlichen sowie außenpolitischen Instrumente gegenüber den Regierungen und Gesellschaften in den drogenproduzierenden Ländern aussehen?
5. Welche gesicherten Erfolgswerte bezüglich militärischer und polizeilicher Maßnahmen der Drogenbekämpfung in den An-

bauländern sowie in den Nachfrageländern (Bundesrepublik Deutschland, Europa, USA) sind der Bundesregierung bekannt?

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die einseitige Orientierung auf militärische und polizeiliche Maßnahmen der Drogenbekämpfung in den Anbau- und Nachfrageländern?
7. Plant die Bundesregierung andere, d. h. nichtmilitärische und -polizeiliche Maßnahmen in den Anbauländern, und wenn ja, welche? In welchem Verhältnis sollen diese zu den militärischen und polizeilichen Instrumenten stehen?
8. Wie ist der diesbezügliche Diskussionsstand der Bundesregierung mit der Regierung der USA, der EG und den Drogenanbauländern?
9. Welche Pläne hat die Bundesregierung zur Einbeziehung der Drogenkonsumenten/innen, ihres familiären und sozialen Umfeldes, der gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, der unmittelbaren Drogenproduzenten (Anbauer) und der gesellschaftlichen Gruppen in den Anbauländern in ein drogenpolitisches Gesamtkonzept?

Bonn, den 22. Dezember 1989

Meneses Vogl

Such

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion